

N i e d e r s c h r i f t

**über die. 14. gemeinsame öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, die 14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt und die 13. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Sport und Kultur
am Dienstag, dem 23.01.2018, um 20:00 Uhr im Lindener Ratsstuben, Sitzungssaal**

Ausschussvorsitzender BPU	Herr Burkhard Nöh	
Ausschussmitglieder BPU	Herr Ralf Burckart Herr Georg Granzer	Vertretung für Friedel Löser
	Herr Volker Heine Herr Dr. Ulrich Lenz Herr Hendrik Lodde Herr Frank Rippl Herr Joachim Schaffer Herr Dr. Christof Schütz Herr Tim-Ole Steinberg Frau Alisha Weitze	
Ausschussvorsitzender HFA	Frau Franziska Lodde	
Ausschussmitglieder HFA	Herr Jürgen Arnold Frau Axel Globuschütz Herr Wolfgang Hoth Frau Gudrun Lang	Vertretung für Dirk Hansmann
	Herr Manfred Leun Frau Antje Markgraf	Vertretung für Uwe Markgraf
	Herr Peter Reinwald Herr Fabian Wedemann	
Ausschussvorsitzender JSSK	Frau Dr. Michaela Goll	
Ausschussmitglieder JSSK	Frau Anneliese Bork Frau Renate Geiselbrechtinger Herr Frank Hille	Vertretung für Karin Lenz
	Frau Gisela Koch Frau Franziska Schaffer Frau Sigrid Weitze	
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Herr Hans Bausch	
Magistrat	Herr Thomas Altenheimer Herr Norbert Arnold Frau Petra Braun Herr Sven Deeg Herr Wolfgang Gath Herr Jörg König	

Herr Reinhold Krapf
Herr Gerhard Trinklein
Herr Michael Wolter

Ausländerbeiratsvorsitzender
Herr Abraham Abrahamian

von der Verwaltung
Herr Frank Hölzel
Herr Christian Mai
Patrick Retzer

Presse
Herr Harold Sekatsch
Herr Thomas Wißner

Protokollführer
Frau Valeria Sharbatova

Abwesend:

Ausschussmitglieder BPU
Herr Friedel Löser

Ausschussmitglieder HFA
Herr Dirk Hansmann
Herr Uwe Markgraf

Ausschussmitglieder JSSK
Frau Karin Lenz
Herr Lothar Weigel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2018 (1. Lesung)
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 056/16/21 -
- 3 Haushaltssatzung und –plan der Stadt Linden und Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Jahr 2018
Vorlage: /0056/16-21
- 3.1 Haushaltssatzung
- 3.2 Stellenplan
- 3.3 Haushalt
- 4 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Lodde eröffnet die 14. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen.

Zu TOP 2 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2018 (1. Lesung) - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 056/16/21 -

Dr. Schütz fragt wie die Gebühren für 2018 festgelegt werden und ob eine Erstattung der Gebühren an die Bürger vorgesehen ist.

Herr Hölzel teilt mit, dass die Tarife nicht im Wirtschaftsplan stehen. Lediglich die Umsätze und Erlöse sind dort verzeichnet. Für den Haushalt im Jahr 2018 ist damit zu rechnen, dass die Stadtwerke Linden einen Gewinn bei den Abwasser- und Frischwassergebühren einfahren werden. Bezüglich der Rückerstattung ist eine weitere Kalkulation notwendig. Mit dieser Aufgabe wurde eine externe Firma beauftragt. Es ist davon auszugehen, dass die Ergebnisse im Monat März / April vorliegen werden.

Zu TOP 3 Haushaltssatzung und –plan der Stadt Linden und Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Jahr 2018 Vorlage: /0056/16-21

Zu TOP Haushaltssatzung 3.1

Dr. Schütz fragt ob die Jahresabschlüsse ab 2014 erstellt sind.

Herr Hölzel teilt mit, dass die Jahresabschlüsse der Jahre 2012 – 2015 bereits erstellt wurden. Der Jahresabschluss für 2016 steht noch aus.

Herr Hölzel merkt an, dass die Haushaltssatzung keine genehmigungsbedürftigen Teile enthält. Würde der Haushalt so beschlossen werden, wäre man sofort handlungsfähig.

Herr Lodde merkt an, dass man den Bau des Kindergartens zwar aus dem Guthaben der Stadt Linden finanzieren könne, man aber über negativverzinsten Förderdarlehen nachdenken sollte, um damit die gesamten Baukosten für die Bürger zu reduzieren.

Herr König antwortet, dass dies im Magistrat nicht erörtert wurde. Es wird geprüft, ob ein Förderdarlehen in Anspruch genommen werden kann.

Herr Lodde fragt, ob man bei einer Zusage einen Nachtrag auf den Weg bringen kann.

Herr Hölzel erläutert, dass die Haushaltssatzung so wie sie ist genehmigungsfrei sei. Sollte was an dem Punkt „Kredite“ geändert werden, ist ein Nachtrag unabdingbar.

Dr. Lenz stellt fest, dass beim Wirtschaftsplan 1 Mill. € Kassenkredite vorgesehen sind. Des Weiteren fragt er nach, wie eine Kalkulation der gesamten Einnahmen erfolgen konnte, wenn noch nicht klar ist, ob sich die Gebühren ändern.

Das Blatt im Wirtschaftsplan wird ausgewechselt.

Herr Hölzel antwortet, dass die Kalkulation anhand der verkauften Kubikmeter erfolgte.

Dr. Schütz fragt nach, ob auf Seite 14 von 14 des Zwischenberichts der Text die letzten Jahre immer wieder verwendet wird.

Herr Hölzel antwortet, dass lediglich die Zahlen verändert werden und erklärt, dass es unvorhersehbar wie sich die Liquidität im Laufe des Jahres verändert und sich deshalb mögliche Optionen offengehalten werden und solche Texte Jahr für Jahr übernommen werden.

Keine weiteren Fragen zur Haushaltssatzung.

Zu TOP Stellenplan 3.2

Frau Lang erkundigt sich zum Stellenplan „Beschäftigte außer Erziehungsdienst“, ob die bestehenden Differenzen im Vergleich 2017 zu 2018 inzwischen ausgeglichen sind oder entsprechendes Personal eingestellt wurde.

Die Anfrage von Frau Lang wurde von Herrn Retzer zufriedenstellend beantwortet.

Herr Reinwald fragt nach, ob im Bereich Finanzen ebenfalls jemand eingestellt werden soll, da die Abteilung derzeit unterbesetzt ist.

Herr König teilt mit, dass es geplant ist, eine befristete Teilzeitstelle zu besetzen. Diese muss aber aufgrund der Befristung nicht im Stellenplan abgebildet werden.

Dr. Schütz fragt nach, ob die Stelle in der Bauverwaltung erst nach dem 30.06. besetzt wurde, da diese Stelle im Stellenplan nicht auftaucht.

Herr Retzer verweist auf den Stellenplannachtrag 2017. Die Stelle war besetzt, dies wird jedoch nur dann deutlich, wenn man berücksichtigt, dass im Vergleich 2017/2018 die Bauverwaltung von der Hauptverwaltung getrennt wurde.

Frau Lang fragt ob die eingeplante halbe Stelle im Archiv befristet ist. Außerdem fragt sie nach, warum es Unterschiede bei der Stellenanzahl in den verschiedenen Kindergärten gibt.

Die Anfrage von Frau Lang wurde von Herrn Retzer zufriedenstellend beantwortet.

Dr. Schütz fragt nach, ob es sich bei den Beschäftigten außer Erziehungsdienst in der Produktgruppe KiTa's um Reinigungskräfte handelt.

Herr Retzer teilt mit, dass es sich bei den Stellen um Reinigungskräfte sowie Küchenhilfen handelt.

Frau Lang fragt nach ob eine Stelle für den Bundesfreiwilligendienst ausgeschrieben werden soll.

Herr Retzer antwortet, dass die Stellen vorerst alle wie vorliegend eingeplant bleiben und sobald es in die Planungsphase in Bezug auf das Stadtentwicklungsprojekt „Linden 2036“ geht, zielgerichtet ausgeschrieben werden sollen.

Es gibt keine weiteren Fragen zum Stellenplan.

Zu TOP Haushalt 3.3

Herr Hölzel merkt zu Beginn an, dass es noch zwei Änderungswünsche vom Magistrat gibt, die das Investitionsprogramm betreffen. Diese wurden erst nach dem Beschluss des Haushalts eingefügt. Es sollen zwei städtische Fahrzeuge angeschafft werden. Bei den Fahrzeugen handelt es sich um einen Rasentraktor Marke Kubota und einen VW Caddy Kombi. Weiterhin soll ein Caddy Kasten aus dem Leasing ausgelöst werden.

Seite 9, I77-003 + I77-004

Herr Bausch fragt bezüglich der im Investitionsprogramms geplanten Anschaffung eines Radladers und eines Baggers nach. Er möchte wissen, ob die Geräte von der Stadt ausreichend genutzt werden.

Herr König erklärt, dass nun genügend Fachpersonal am Bauhof beschäftigt ist, um Arbeiten mit den Geräten ausführen zu können. Dies könne man anhand verschiedener vom Bauhof durchgeführter Bauprojekte auch sehen. Somit ist sichergestellt, dass der Bagger effizient eingesetzt werden kann.

Herr Globuschütz fragt, ob die Möglichkeit eines Leasings in Frage kommt.

Herr König antwortet, dass alle möglichen Alternativen verglichen wurden.

Seite 3 Finanzhaushalt, Punkt 40

Dr. Schütz stellt eine mögliche Unrichtigkeit zum Finanzhaushalt Seite 3 fest.

Herr Hölzel merkt an, dass man in dem alten Muster des Finanzhaushaltes einen Anfangsstand der Finanzmittel manuell im Programm hinterlegen konnte. Mit Einführung des neuen Musters ist diese Möglichkeit entfallen und die Software hat die Zahlen selbstständig ermittelt.

Seite 4 Investitionshaushalt, Nr. I13-041

Herr Dr. Schütz fragt nach, warum die geplante Neubeschaffung umbenannt wurde.

Herr Hölzel erklärt, dass die Investition „TLF 16/25“ aus dem Finanzplan 2019 in geplanter Höhe in den Haushalt 2018 aufgenommen und in „HLF 10 Leihgestern“ umbenannt wurde, da der Fahrzeugtyp nun feststeht.

Herr Leun fragt, ob es Zuschüsse zu den Autos gibt.

Herr König teilt mit, dass das Fahrzeug sowieso nächstes Jahr ersetzt werden muss und es auch Zuschüsse vom Kreis geben wird.

Herr Leun hat eine Nachfrage zu den vorgesehenen Straßenbeiträgen. Er möchte wissen um welche Art Beiträge es sich handelt und ob es die Maßnahme Tannenweg betrifft.

Herr Hölzel beantwortet die Frage von Herrn Leun zufriedenstellend.

Herr Hille fragt ob es bezüglich der Fahrzeuge einen Änderungsantrag geben wird, da diese noch nicht im Haushalt berücksichtigt werden. Des Weiteren bittet er um eine Übersicht von vorhandenen Fahrzeugen.

Herr Hölzel teilt mit, dass der Bauhof eine Übersicht der Fahrzeuge erstellen wird. Bezüglich der Neuaufnahme teilt er mit, dass eine Beschlussempfehlung ausgesprochen wird, ob diese Fahrzeuge nachträglich aufgenommen werden.

Herr Lodde fragt, ob das alte Feuerwehrfahrzeug verschrottet wird. Ebenfalls möchte er wissen, ob schon genau geplant ist welches Modell gekauft werden soll.

Herr König antwortet, dass vor jeder Anschaffung ein Preisvergleich durchgeführt wird. Ob das alte Feuerwehrfahrzeug verkauft werden soll, ist unklar.

Seite 5, Investitionsprogramm, I14-001 „Warnung der Bevölkerung – Sirenenwarn- und Rufsystem in Linden

Herr Bausch fragt welche Grundstücke und Gebäude für 180.000 € angekauft werden sollen. Des Weiteren fragt er noch mal nach, welche Art von Bagger beschafft werden soll.

Herr König teilt die technischen Daten zum Bagger in der nächsten Sitzung mit. Für den o.g. Betrag sollen entsprechende Sirenen angeschafft werden.

Weiterhin stellt Herr Bausch die Frage, ob es sich um einen fiktiven Preis handelt.

Herr König antwortet, dass der Betrag nach Erfahrungswerten von anderen Kommunen ermittelt wurde.

Zu Seite 5, Investitionsprogramm, I14-001 „Warnung der Bevölkerung – Sirenenwarn- und Rufsystem in Linden:

Gemäß Auftrag des Magistrats wurde von Stadtbrandinspektor S. Weiß eine Marktrecherche durchgeführt. Hiernach erscheint ein Haushaltsansatz von 180.000 € angemessen. Es ist keine Feuerwehrrmaßnahme, sondern es handelt sich um eine Investition in den Katastrophenschutz. Über mögliche Sirenenstandorte wurde keine Aussage getroffen. Der Ansatz wurde einem anderen Sachkonto zugewiesen, da in der Erläuterung missverständlich auf den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden hingewiesen wurde.

Seite 6, Photovoltaikanlage

Herr Schütz fragt nach dem Stand der Umsetzung der Photovoltaikanlage und des Windparks. Herr Hölzel merkt an, dass Investitionen für die nächsten zwei Jahre fortgelten.

Seite 11, Konto 553000

Herr Globuschütz fragt nach, warum laut Haushaltsplan davon auszugehen ist, dass die Gewerbesteuer sinkt.

Herr Hölzel antwortet, dass der Betrag sich aufgrund Gewerbesteuvorauszahlungen errechnet. Es kann aber durchaus dazu kommen, dass der Betrag durch Nachzahlungen steigen oder aber auch sinken kann.

Seite 11, 5110100 und 5110200

Herr Dr. Schütz fragt nach den Gegenbuchungen zu den durchlaufenden Posten.

Herr Hölzel antwortet, dass es sich bei der Gegenbuchung um einen Aufwand handelt und man diesen auf Seite 12 wiederfindet.

Seite 14

Frau Lang fragt, wie hoch die Ersparnis sein wird, wenn die Kreisumlage gesenkt wird.

Zu Seite 172, Kostenstelle 16900101, Sachkonto 7354100 – Kreisumlage:

Eine mögliche Reduzierung des Hebesatzes zur Kreisumlage von derzeit 39,59 v.H. auf 38,59 v.H. würde eine Einsparung von rund 199.650 € bedeuten.

Seite 13, 6173000

Herr Reinwald fragt, ob es sich bei dem Konto um eine zusätzliche Fremdreinigung handelt, da seines Wissens nach eigene Kräfte zur Reinigung eingestellt wurden.

Herr König teilt mit, dass z.B. die Stadthalle weiterhin fremdgereinigt wird. In den Kindergärten und im Rathaus steigt man zurzeit noch auf eigene Kräfte um.

Herr Hölzel merkt an, dass noch nicht alle Stellen für die Reinigung besetzt sind. Die Lohnkosten für eigenes Personal sind eingeplant aber der Posten Fremdreinigung ist nicht verändert worden.

Seite 13, 6840000

Herr Hille fragt, warum die Kosten für die amtlichen Bekanntmachungen enorm gestiegen sind.

Herr Hölzel antwortet, dass die Kosten aufgrund der vielen Stellenausschreibungen gestiegen sind.

Seite 13, Position 14

Herr Rippl fragt, warum die Beträge für Abschreibungen im Ansatz höher sind als im Ergebnishaushalt 2016.

Herr Mai antwortet, dass es daran liegt, dass der Jahresabschluss für 2016 noch in Erstellung ist.

Seite 13, 6771000

Herr Dr. Schütz fragt warum der Ansatz um 100.000 € gestiegen ist.

Herr Hölzel antwortet, dass ein großer Teil des Ansatzes für einen Sachverständigen für „Linden 2036“ eingeplant wurde.

Frau Lang fragt, ob in den Kindergärten immer noch fremdgereinigt wird oder ob dort Personal eingestellt wurde.

Herr König teilt mit, dass noch nicht alle Stellen besetzt sind und man deshalb noch auf Fremdreinigung angewiesen sei.

Herr Reinwald fragt bezüglich der Sachverständigenkosten nach.

Zu Seite 13, Gesamtergebnishaushalt, Sachkonto 6771000 – Aufwand für Sachverständigen-, Rechtsanwalts- und Gerichtskosten:

Derzeit sind keine Kosten für die Beauftragung einer Fachbegleitung für den Kindergartenneubau eingestellt. Da es sich hierbei um Honorare für eine Investition handelt, werden diese anfallenden Kosten direkt auf die Haushaltsposition des Neubaus verbucht, die ebenso wie die eigentlichen Baukosten bilanziert und aktiviert werden müssen.

Herr Lodde fragt ob eine Nachpflanzung der Abschreibungen möglich ist.

Herr Hölzel antwortet, dass man noch nicht weiß, wann die Fahrzeuge angeschafft werden und die Abschreibung somit die erst nach Anschaffung zu berechnen ist.

Seite 12, Strom, Gas, Fernwärme, Treibstoffe

Herr Dr. Schütz fragt nach dem Energiebericht für das Jahr 2016. Dieser liegt noch nicht vor. Er bittet um Vorlage.

Seite 14, Nr. 22

Herr Dr. Schütz fragt, was Kreditzinsdienstumlagen (Nr. 22) sind.

Zu Seite 172, Kostenstelle 16900101 – Steuern und Umlagen, Sachkonto 7710099:

Für den Zinsdienst für Darlehen nach den §§ 3 und 6 des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes wird vom Landeswohlfahrtsverband Hessen, von den Landkreisen, den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Gemeinden eine Zinsdienstumlage erhoben und der Finanzausgleichsmasse zugeführt.

Seite 12, 6101000

Herr Globuschütz fragt, warum der Betrag dieses Kontos gestiegen ist.

Herr Hölzel antwortet, dass es sich um das ORGA Gutachten im Rathaus handelt.

Seite 26, Position 11

Frau Lang fragt warum die Personalaufwendungen gestiegen sind.
Herr Retzer teilt mit, dass eine andere Personalhochrechnung mittels eines Moduls der Ekom21 durchgeführt wurde.

Seite 40, 6061000

Herr Globuschütz fragt ob tatsächlich 130 Wahlkabinen benötigt werden.

Zu Seite 40, Kostenstelle 02050101, Sachkonto 6061000 – Anschaffung von Wahlkabinen:

Hierbei handelt es sich um einen Eingabefehler. Die eingestellten 12.000 € müssen auf 2.000 € reduziert werden.

Seite 45, Personalaufwendungen, Position 11

Herr Dr. Schütz bittet um Erläuterung, weshalb die Kosten gesunken sind.

Herr Hölzel antwortet, dass eine genau Aufteilung der Kosten der Ordnungsverwaltung auf die einzelnen Abteilungen z.B. auf Ordnungsamt und Standesamt erfolgte.

Seite 51, 6161000

Herr Bausch fragt was in dem Betrag für die Außenverputzung des Feuerwehrgerätehauses enthalten ist.

Herr Hölzel teilt mit, dass die Zahlen vom Stadtbrandinspektor eingereicht wurden.

Seite 60, 6139000

Herr Dr. Schütz fragt, warum es keinen Haushaltsansatz gibt.

Herr Hölzel antwortet, dass es sich hierbei um den Marktplaner (Software) für den Marienmarkt handelt und dieser einmalig angeschafft wurde und somit kein Ansatz mehr auftaucht.

Seite 61, Heimatmuseum

Herr Dr. Schütz fragt warum im Ansatz „Wasser“ ein Minusbetrag ausgewiesen ist.
Herr Hölzel teilt mit, dass hier wahrscheinlich der Verbrauch für das Gebäude geschätzt wurde.

Seite 64, Wohlfahrtspflege

Herr Bausch fragt, warum die Seniorenfahrten bei Wohlfahrtspflege zu verbuchen sind. Das Konto ist seiner Meinung nach nicht passend.

Herr Hölzel merkt an, dass diese seit 2009 auf dieser Kostenstelle verbucht werden.

Seite 65, 7124000

Herr Dr. Schütz bittet darum, die genaue Aufstellung bis zur nächsten Sitzung vorzulegen.

Herr Hölzel erläutert das Konto.

Herr Lodde fragt, ob das Anrufsammeltaxi genutzt wird. Herr Reinwald möchte dies ebenfalls wissen.

Herr König erläutert, dass das AST von Mitbürgern genutzt wird.

Seite 67, Personalaufwendungen, Punkt 11

Frau Lang fragt, ob es sich bei den Personalaufwendungen um Aufwendungen für den Jugendpfleger handelt und warum es keine Veränderung zu den Einnahmen bei den KiTa-Gebühren gibt, da in 2018 geplant ist, die Gebühren für bestimmte Altersgruppen zu erlassen.

Herr König antwortet, dass zuerst eine neue Gebührensatzung erstellt werden muss. Bezüglich des Jugendpflegers teilt er mit, dass dieser anders eingestuft wurde.

Herr Dr. Schütz fragt, warum das Verhältnis von Wasser und Abwasserkosten in den Kindergärten so unterschiedlich ist.

Herr Hölzel antwortet, dass die Wasserzähler in jedem Gebäude abgelesen und abgerechnet werden. Das Niederschlagswasser ist ein anderer Posten.

Herr Bausch stimmt Herrn Dr. Schütz zu.

Allgemeines zu der Aufteilung Wasser und Abwassergebühren für die städtischen Gebäude:

In der Tat ist es so, dass die Nebenkosten (Frischwassergebühr und Schmutzwassergebühr) der Grundbesitzabgabenbescheide für die städtischen Gebäude komplett auf dem Sachkonto 6056000 (Wasser) verbucht werden. Zukünftig wird eine Trennung vorgenommen, damit eine richtige Zuordnung nachgewiesen werden kann.

Auf dem Sachkonto 6057000 (Abwasser) erfolgt korrekterweise die Verbuchung der Niederschlagswassergebühren.

Seite 86 + Seite 90

Herr Hölzel merkt an, dass bis zur Erstellung des Haushalts keine genauen Hochrechnungen für den Betriebskostenzuschuss vorlagen. Diese liegen nun vor, so dass sich der Zuschuss auf Seite 86, Position 7104000 erhöht.

Hier merkt Dr. Schütz an, dass beim evangelischen Kindergarten Kosten für Strom übernommen werden. Beim Waldkindergarten würde allerdings kein Strom gezahlt werden.

Herr Hölzel antwortet, dass es sich beim evangelischen Kindergarten um ein städtisches Gebäude handelt.

Bis Seite 100: keine Fragen

Bis Seite 110: keine Fragen

Seite 112, Teilergebnishaushalt Stadthalle

Herr Dr. Schütz fragt, seit wann das BHKW betrieben ist und warum im Ergebnis 2016 nichts eingestellt ist. Er bittet um den Energiebericht.

Seite 120, Anbau TV-Halle

Herr Bausch merkt an, dass die Halle für Privatfeiern genutzt wird und fragt, wo die Einnahmen aus der Vermietung zu finden sind.

Zu Seite 120, Kostenstelle 08560203- Anbau TV-Halle:

Der TV Großen-Linden erhält von der Stadt Linden einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebs- und Unterhaltungskosten. Von den Gesamtausgaben werden Einnahmen aus der Vermietung und der Nebenkosten des städtischen Anteils abgezogen. Der daraus entstandene Fehlbetrag wird von der Stadt Linden zu 50 % getragen.

Seite 122, Erlebnispark

Herr Dr. Schütz fragt, ob die hohen Strom- und Wasserkosten für den Erlebnispark gerechtfertigt sind, da er davon ausgeht, dass der Raum nicht oft besetzt ist.

Herr König erläutert, dass der Erlebnispark gut genutzt wird.

Herr Schütz fragt, ob die Kosten zwischen Funpark, Mietern und Pächtern und der Stadt Linden gut verteilt sind. Weiterhin bittet er um Erläuterung des Posten Abschreibungen.

Die Höhe der Abschreibungen beziehen sich auf die Nutzungsdauer der Gebäude.

Der Erlebnispark hat eine ND von 30 Jahren und der Kindergarten Regenbogenland eine ND von 80 Jahren.

Herr Hölzel antwortet, dass es sich bei den Nebenkosten nur um Ansätze handelt.

Seite 127, 6161000

Herr Globuschütz fragt, warum die Kosten hier gesunken sind.

Herr Hölzel antwortet, dass dort hohe Kosten für eine Reparatur in den Vorjahren eingeplant waren. Diese wurde durchgeführt.

Seite 122

Herr Bausch fragt nach den Nebenkosten.

Jedes Jahr erfolgt eine Nebenkostenabrechnung mit dem Pächter, da getrennte Zähler vorhanden sind.

Seite 127, Personalaufwendungen Freibad

Frau Lang fragt warum die Personalaufwendungen im Freibad gesunken sind.

Zu Seite 127, Kostenstelle 08560301- Freibad, Sachkonto 6201000, Personalaufwand:

Die eingestellten Personalaufwendungen sind nach Prüfung durch die Personalabteilung nicht korrekt. Bedingt durch den eher bescheidenen Sommer 2017 wurden erheblich weniger Saisonkräfte und Kassierer beschäftigt. In der Hochrechnung ist in der Tat ein Bademeister vergessen worden.

Seite 132, Position 5309300

Herr Globuschütz fragt nach, warum die Fehlbelegungsabgabe gestiegen ist.

Herr Hölzel beantwortet die Frage von Herrn Globuschütz zufriedenstellend.

Seite 138, Radwege Teilraum Süd

Herr Bausch möchte genauere Infos zu den Radwegen.

Herr König antwortet, dass ohne das Land Hessen keine genaue Festlegung erfolgen kann, da Hessen Mobil dafür zuständig ist.

Hierzu merkt Herr Bausch an, dass dort eine Firma angesiedelt ist und deshalb besonders auf die Sicherheit geachtet werden sollte.

Herr Leun fragt nach wie die Kosten ermittelt wurden.

Darauf antwortet Herr König, dass die Kosten anhand Erfahrungswerten ermittelt wurden.

Seite 140, Straßenbeleuchtung

Herr Lodde fragt, ob hier das Neubaugebiet berücksichtigt wurde.
Herr Hölzel verneint.

Seite 147, Naturschutz und Landschaftsfläche

Herr Globuschütz fragt, warum es keinen Ansatz gibt.

Herr Hölzel antwortet, dass Aufwendungen hierzu unter einem anderen Konto zu finden sind.

Frau Marktgraf merkt an, dass Posten zu Landschaftspflegemaßnahmen nicht bei Umweltschutz zu verbuchen sind. Außerdem fragt sie, wo die Kosten für B-Pläne aufgeführt sind.

Die Kosten für die B-Pläne sind auf der Kostenstelle Stadtplanung ausgewiesen.

Herr Hölzel wird sich bezüglich der Kosten erkundigen.

Bezüglich der ersten Frage wird darauf verwiesen, dass bereits seit einigen Jahren die Posten so wie angegeben bebucht werden.

Seite 160, Instandhaltung Gebäude- und Außenanlagen

Herr Globuschütz erkundigt sich nach der Maßnahme „Historische Betrachtung“.

Diese Frage gibt Herr Hölzel an Frau Dilger-Becker weiter.

Herr Heine fragt um welche Posten es sich bei dem Konto 6165000 (130.000 €) handelt.

Zu Seite 160, Kostenstelle 14780101 – Umweltschutzmaßnahmen, Sachkonto 6165000:

Im Plan 2017 war eine Renaturierung Lückenbach, Abschnitt Rindsmühle, angedacht. Die Deutsche Bahn wollte den Bahndamm in Linden sanieren und es bedurfte einer Ausgleichsmaßnahme. Die DB wird die Kosten für die Renaturierung übernehmen. Die Stadt Linden führt die Maßnahme durch und lässt sich die Kosten zu 100 % von der DB erstatten. Inwieweit die Maßnahme abgewickelt ist, sollte die Umweltschutzbeauftragte der Stadt erklären.

Seite 158

Herr Bausch fragt, ob es vorgesehen ist, Feldwege zu erneuern und ob Anträge zur Bezuschussung gestellt wurden.

Außerdem merkt er an, dass keine Baumaßnahme vorgesehen ist.

Herr König teilt mit, dass ein Konzept für ganz Linden erstellt werden soll.

Herr Bausch bittet den Betrag mit in den Haushalt aufzunehmen.

Bis Seite 170 --- keine Fragen

Bis Seite 175 --- keine Fragen

Zu Seite 174, Kostenstelle 16910101 – sonstige Finanzwirtschaft:

Die Erträge aus Beteiligungen den Ausschüttungsanteil der Sparkasse Gießen betreffend wurden seit dem Jahr 2013 bis heute auf das Sachkonto 561000 gebucht.

Das Stammkapital des Eigenbetriebs wird seit dem 01.01.2015 mit einem kalkulatorischen Zinssatz von 2,5 % verzinst.

Die Verzinsung des Verrechnungskontos wurde von der Betriebskommission auf Empfehlung unseres Steuerbüros mit einem Zinssatz von 3 % für die Abwasserbeseitigung angesetzt.

Zu TOP 4 Verschiedenes

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.

.....
Vorsitzender BPU Burkhard Nöh

.....
Vorsitzende HFA Franziska Lodde

.....
Vorsitzende JSSK Dr. Michaela Goll

.....
Protokollant Valeria Sharbatova